

LGT Bank wächst auch in Bern

BANKEN Der Chef der Fürstenbank aus Liechtenstein hätte es lieber gesehen, wenn die Nationalbank den Frankenkurs an einen Währungskorb gebunden hätte.

Sechs Prozent mehr Kunden konnte die LGT Bank in der Region Bern/Mittelland 2014 gewinnen. Dies ist bemerkenswert, weil das Mittelland kaum als boomende Region wahrgenommen wird. Beobachter der Berner Bankenszene fragen sich, wo all die neuen Banken im gesättigten Markt Kunden finden. Mit Sarasin, Sondrio, Vontobel, Bonhöde und AEK 1826 haben seit 2009 fünf Institute in der Bundesstadt eine Niederlassung eröffnet. Zudem geht das Gerücht um, dass auch die Bank Rothschild in Bern Fuss fassen will.

Beat Buri, seit knapp einem Jahr Leiter Region Bern/Mittelland bei der LGT, sieht für den Erfolg drei Gründe. «Stabilität und Sicherheit einer Bank sind in den letzten Jahren zu einem ganz zentralen Kriterium geworden.» Zudem sieht Buri eine Stärke der LGT im Beratungsprozess und in der Kompetenz: «Das Beraterteam in Bern hat durchschnittlich mehr als zwanzig Jahre Erfahrung im Private Banking.»

Wie es die Tradition will, war gestern am Mediengespräch in Bern auch Prinz Philipp von und zu Liechtenstein als Stiftungsratspräsident der LGT Bank zugegen. Die Bank gehört der Fürstenfamilie. Der Entscheid der Nationalbank, den Frankenmindestkurs gegenüber dem Euro aufzuheben, findet Prinz Philipp nicht grundsätzlich falsch. «Ich hätte es aber lieber gesehen, wenn die SNB den Frankenkurs an einen Währungskorb gebunden hätte.» Sein Chief Investment Officer Marcel Schneider findet das Timing unglücklich. «Ich vermute, die Nationalbank hat unter Zugzwang gehandelt.» Es hätte günstigere Momente gegeben, die Politik der Wechselkursbindung aufzugeben. Phasen, in welchen der Aufwertungsdruck des Frankens weniger ausgeprägt war. Bei der Aufgabe der Wechselbindung hätte er sich dann nicht derart verteuert. *cch*

In Kürze

UMWELTKOMMISSION Energieanlagen im Wald

Energieanlagen sollen nach Ansicht der Umweltkommission des Ständerates auch im Wald gebaut werden dürfen. Sie bestrahlt, bei der Revision des Waldgesetzes einen entsprechenden Artikel einzubauen. Dabei geht es sowohl um Energieerzeugungsanlagen – zum Beispiel Windräder – als auch um Energietransportanlagen, etwa Hochspannungsleitungen.

SBB Günstiger ins Ausland

Wer mit dem Zug ins benachbarte Ausland fährt, zahlt ab kommendem Monat bis zu ein Fünftel weniger. Die SBB reagierten mit der ausserordentlichen Preisreduktion für internationale Billette auf den erstarkten Franken, sagte ein SBB-Sprecher. Direktverbindungen nach Italien und Frankreich würden um rund 18 Prozent günstiger. *sda*

SICHERHEIT AN BAHNHÖFEN

Dubiose Sicherheitsleute: Die SBB räumen Fehler ein

Das Bundesamt für Verkehr eröffnet ein Administrativverfahren gegen die SBB. Es geht um Missstände im Sicherheitsdienst, welchen die SBB an die Securitas delegiert haben. Ausserdem wurden Millionenaufträge an die Securitas nie ausgeschrieben. Zwischen SBB und Securitas bestehen Verhandlungen.

Auf Bahnhöfen in der Zuständigkeit der SBB seien mehrere vorbestrafte Security-Mitarbeiter im Einsatz gewesen. Das berichtete jüngst die Sendung «Kassensturz». Die Angestellten sollen in Deutschland über die Securitas AG durch eine Drittfirma zum Teil mit falschen Versprechungen angelockt worden sein. Und: Die Drittfirma soll illegale Arbeitsverträge abgeschlossen haben. Beispiel: Laut Unia gab es Verträge, die fristlose Kündigungen vorsahen, wenn sich ein Mitarbeiter bei Krankheit weniger als acht Stunden vor Dienstantritt abmeldet (siehe Kasten).

Nun reagiert der Bund

Jetzt schaltet sich das Bundesamt für Verkehr (BAV) ein. Das zeigen Nachforschungen dieser Zeitung. BAV-Sprecherin Olivia Ebinger bestätigt, dass das BAV ein Aufsichtsverfahren gegen die SBB eingeleitet hat. Im Fokus stehen Aufsichtspflichten der SBB gegenüber der Securitas. Es werde abgeklärt, wie weit seitens der SBB-Transportpolizei Pflichten verletzt worden seien, sagt Ebinger. Die Verantwortlichen beider Institutionen werden laut BAV-Sprecherin für Stellungnahmen aufgeboten. Das BAV habe auch von Dritten Hinweise zu den Vorwürfen erhalten.

Straftäter mit Staatsmacht

Der Hintergrund: Das Gesetz verpflichtet die SBB, in Bahnhöfen für Sicherheit zu sorgen. Für das Streckennetz des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) haben die SBB die Aufgabe an die private Sicherheitsfirma Securitas delegiert. Dabei handelt es sich nicht

um gewöhnliche Bewachungsaufträge. Den Securitas-Mitarbeitern werden auf den Bahnarealen vom Gesetz hoheitliche Aufgaben – sprich Staatsgewalt – übertragen: Sie dürfen dort auch Personen kontrollieren, anhalten und wegweisen. Die SBB dürfen diese sensiblen Aufgaben auslagern, bleiben aber für die Einhaltung der strengen Vorschriften für die Security-Mitarbeiter zuständig.

Kontrollen versagt

Die Aufsicht der SBB hat nicht funktioniert. Die Securitas dürfe Vorschriften des Bahngesetzes über längere Zeit unterlaufen haben, indem sie ohne Sonderbewilligung Mitarbeiter über eine dubiose Drittfirma arbeiten liess. Den SBB ist dabei auch entgangen, dass durch die mangelhafte Rekrutierung des Personals über die Drittfirma vorbestrafte Mitarbeiter in Securitas-Uniformen für die heiklen Aufgaben an Bahnhöfen zum Einsatz kamen.

Für den Sicherheitsdienst im ZVV sind 120 Security-Mitarbeiter im Einsatz. Wie viele davon über die Drittfirma engagiert waren, konnten die SBB nicht sagen. Wie viele Mitarbeiter vorbestraft waren, ist unklar. Die SBB verweisen auf die Securitas. Diese wollte sich dazu nicht äussern. Sie hat die Mitarbeiter zwar jetzt von der Drittfirma übernommen und selber angestellt. Bis heute kann Securitas indessen nicht ausschliessen, dass Mitarbeiter darunter sind, die im Ausland Strafregistereinträge haben.

Erstmals gestehen die SBB Fehler ein: Man habe die Aufsicht über die Auftragnehmer ver-



Securitas im Einsatz in Bahnhöfen: Die SBB haben in Bahnhöfen heikle Sicherheitsaufgaben an Privatfirmen delegiert.

«In der Anfangsphase der Zusammenarbeit wurde zu wenig Zeit für Kontrollen investiert.»

SBB-Sprecher Christian Ginsig

nachlässigt, weil man den Fokus auf den Aufbau der Sicherheitsorganisation gerichtet habe, sagt SBB-Sprecher Christian Ginsig (siehe Kasten).

Neuer Vorwurf

Abklärungen dieser Zeitung zeigen: Noch in einem anderen

Punkt haben Securitas und SBB Vorschriften ignoriert. Seit Oktober 2011 verbietet das Bahngesetz ausdrücklich, Firmen mehrheitlich in ausländischem Besitz für Security-Aufträge auf Bahnhöfen zu engagieren. Die von der Securitas engagierte Drittfirma gehört aber zu 100 Prozent einem deutschen Staatsangehörigen.

Erst als das Bundesamt für Verkehr einschritt, wurde das Verhältnis mit der Drittfirma im April 2013 schliesslich aufgelöst. Die Securitas macht in ihrer Stellungnahme geltend, dass es für das neue Gesetz eine Übergangsfrist bis Juni 2012 gegeben und man die Firma im Januar 2011 noch nach altem Recht engagiert habe (siehe Kasten). Zu diesem

Zeitpunkt des Vertragsabschlusses war allerdings das neue Gesetz längst bekannt und vom Parlament beschlossen.

Verhandlungen

Der Einsatz der Drittfirma macht die Angelegenheit auch beschaffungsrechtlich brisant, wobei hier nicht das BAV, sondern die Finanzkontrolle zuständig ist. Die SBB als Staatsbetrieb müssen Grossaufträge öffentlich ausgeschrieben, damit sichergestellt ist, dass der günstigste Anbieter den Auftrag erhält. So will das Gesetz Vetternwirtschaft bis hin zu Korruption verhindern.

Den Auftrag zur Sicherung der Bahnhöfe im ZVV haben die SBB aber trotz Ausschreibungspflicht

direkt an die Securitas vergeben. Die SBB rechtfertigen die Freihandvergabe heute damit, dass vor vier Jahren nur Securitas in der Lage gewesen sei, ein Auftragsvolumen in dieser Grösse in diesem komplexen Umfeld zu bewältigen. Allerdings: Indem nun via Securitas eine Drittfirma – ebenfalls ohne öffentliche Ausschreibung – zum Zug kommt, wird die Ausschreibungspflicht eindeutig unterlaufen. Denn die Leistungen, welche diese eher kleine Firma erbrachte, hätten viele andere mittelgrosse Security-Firmen ebenso gut erbringen können.

Durch den Grossauftrag fliesen seit 2011 jährlich zweistellige Millionenbeträge vom bundesei-

genen Betrieb SBB an die Überwachungsfirma Securitas und an die Drittfirma. Stehen sich SBB und Securitas zu nahe? Zwischen der Bundesinstitution und der privaten Sicherheitsfirma mit Sitz in Zollikofen gibt es enge institutionelle und personelle Verbindungen: Securitas und SBB führen die gemeinsame Tochter Securitrans AG.

Die Bundesbahn besitzt 51 und die Securitas 49 Prozent der Aktien. Securitas-Verwaltungspräsident Hans Winzenried sitzt im Verwaltungsrat der SBB-Mehrheitstochter Securitrans. Diese gemeinsame Institution öffnet der Securitas den direkten Weg in die Chefetage der SBB.

Mischa Aebi

Ein Rösler steht in Konolfingen

Der frühere deutsche Spitzenpolitiker Philipp Rösler hat sich in der Schweiz gleich doppelt neu erfunden – leibhaftig und aus Nussholz.

Philipp Rösler war bis Dezember 2013 Vizekanzler von Angela Merkel in der letzten schwarz-gelben Regierung in Deutschland. Er war Vorsitzender der FDP, deutscher

WEF Davos 2015

Gesundheits- und später Wirtschaftsminister. 1973 in Vietnam geboren, wurde er als Waisenkind von einem deutschen Paar adoptiert. In den Medien wurde er deswegen lange zum Vorzeigepolitiker mit Migrationshintergrund stilisiert. Rösler war ein Politstar. Inzwischen sind die Liberalen klinisch tot, und Rösler ist weg vom Fenster. Jedenfalls in Deutschland.

Ein lebensgrosser Philipp Rösler steht dafür im Foyer des Hotels Schloss Hünigen in Konolfingen – einer aus Holz. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (FAZ) findet diesen Hauch von nordkoreanischem Personenkult derart abstrus-exotisch, dass sie in den letzten Wochen gleich zweimal prominent darüber berichtete. «In Nussholz verewigt», hiess der erste Text: «Wer Philipp Rösler



Rösler-Skulptur im Foyer des Hotels Schloss Hünigen in Konolfingen. Ferdinand von Salveda

sehen möchte, sollte in die Schweiz fahren.»

Das stimmt, denn auch der reale Rösler versucht nach der Bruchlandung bei den Wahlen vom Herbst 2013 in der Schweiz neu zu starten. Er lebt seit fast einem Jahr mit seiner Frau und den beiden Töchtern in Genf. Dort-

STELLUNGNAHMEN

«Wir haben zu wenig kontrolliert»

Die SBB räumen erstmals ein, dass sie die Aufsicht über die Securitas zu wenig wahrgenommen haben. Die Securitas wehrt sich gegen Vorwürfe.

Für die SBB ist jetzt klar: Der Einsatz von Mitarbeitern einer Drittfirma durch Securitas hätte verhindert werden müssen. SBB-Sprecher Christian Ginsig hält fest: «Eine Weiterübertragung an Unterakkordanten war und ist nicht zulässig.» Die Rechtslage untersage dies. «Es war ein Fehler, welcher mittlerweile korrigiert wurde.» Man habe beim Aufbau der Sicherheitsorganisation des Zürcher Verkehrsverbundes diesem Umstand zu wenig Rechnung getragen. «Die SBB-Transportpolizei hat in der Anfangsphase ihre Aufsichtspflicht zu wenig wahrgenommen.» Jetzt habe man die Kontrollen gegenüber Securitas aber verschärft. Die SBB-Transportpolizei nehme ihre Aufsichtspflicht nun gewissenhaft wahr, so der Sprecher.

SBB gehen über die Bücher

Die SBB stellen den Securitas-Auftrag an sich infrage. «Der Zusammenarbeitsvertrag zwischen der SBB-Transportpolizei und der Securitas läuft bis Ende 2015», sagt Ginsig. Die SBB würden das künftige Vorgehen prüfen. Die Umgehung einer öffentlichen Ausschreibung des Grossauftrages und die Direktvergabe an die Securitas vor vier Jahren begründet Ginsig so: Nur Securitas sei damals in der Lage gewesen, die geforderte Leistung in der geforderten Zeit zu erbringen. Es gehe um einen komplexen Auftrag: Die Sicherheit sei ein zentrales, sehr sensibles Gut

und eines der bedeutendsten Kundenbedürfnisse.

Illegale Arbeitsverträge

Securitas sieht sich hingegen nicht in der Pflicht. Zum Vorwurf, durch die Securitas seien in Bahnhöfen mehrere vorbestrafte Mitarbeiter der Drittfirma zum Einsatz gekommen, sagt Securitas-Sprecher Urs Stadler: Die Drittfirma sei verpflichtet gewesen, Mitarbeitende mit einwandfreiem Leumund einzusetzen. «Die Sicherheitsüberprüfung der uns zur Verfügung gestellten Mitarbeitenden» sei somit Pflicht der Drittfirma gewesen. Securitas hat nun viele der Mitarbeiter übernommen, kann aber bis heute nicht garantieren, dass darunter keine im Ausland vorbestraften Mitarbeiter sind.

Die von Securitas engagierte Drittfirma soll mit den eingesetzten Mitarbeitern Arbeitsverträge abgeschlossen haben, die mehrfach gegen das Arbeitsgesetz verstossen. Gemäss entsprechenden Klauseln in den Verträgen sollen fristlose Kündigungen möglich gewesen sein für den Fall, dass die Mitarbeiter Unordnung in ihren Arbeitswohnungen hätten oder sie sich weniger als acht Stunden vor Dienstantritt krank meldeten. Die Drittfirma soll die Mitarbeiter mit falschen Lohnversprechungen geködert haben. Securitas wehrt sich: «Es entzog sich damals unserer Kenntnis, dass die Drittfirma anders lautende Verträge ausfertigte. Wir hätten darauf beharrt, dass die Anstellungsbedingungen dem Gesamtarbeitsvertrag entsprechen und die branchenrelevanten Aspekte respektiert werden.» *ma*

Zuger SVP-Präsident gibt auf

K.-O.-TROPFEN Der Sexskandal um den Zuger SVP-Politiker Markus Hürlimann zeigt politische Folgen. Der 40-Jährige tritt als Präsident der Kantonalpartei zurück.



Markus Hürlimann bleibt aber Mitglied des Kantonsrats.

Der Zuger SVP-Politiker Markus Hürlimann kandidiere an der Generalversammlung vom 12. März nicht mehr für das Amt des Kantonalpräsidenten, teilte SVP-Nationalrat Thomas Aeschi gestern mit. Bis dahin leitet er die Partei.

Es sei ihm bewusst, dass er nicht mehr das nötige Vorbild sein könne, um die SVP Kanton Zug als Präsident zu führen, schreibt Hürlimann in einer Stellungnahme. Noch wichtiger sei aber, dass nach einem so belastenden und einschneidenden Ereignis die Prioritäten bei seiner Familie lägen.

Aber es sei selbstverständlich, dass er die Wähler und die SVP weiterhin im Kantonsparlament vertreten werde. «Innen bin ich verpflichtet, und ich bin mir sicher, dass ich eine Chance verdient habe, um zu beweisen, dass sie den richtigen Mann in den Kantonsrat gewählt haben.» *sda*

Hürlimann stand kurz in Verdacht, nach einer politischen Feier im Dezember 2014, die Grünen-Politikerin Jolanda Spiess-Heglin mit K.-o.-Tropfen sexuell gefügig gemacht zu haben. Ein Labortest widerlegte die Theorie. Forderungen nach einem Parteiausschluss wurden laut. Am Donnerstag könnte laut Aeschi ein entsprechender Einzelantrag gestellt werden. *sda*

Grünliberale wären schon mit 30 Prozent zufrieden

INITIATIVE Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» ist aus Sicht der Befürworter der Königsweg zur Energiewende. Chancen hat die Vorlage aber kaum.

Die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» der Grünliberalen, die von den Grünen unterstützt wird, verlangt eine ökologische Steuerreform: Die Mehrwertsteuer soll abgeschafft und durch eine Steuer auf der Produktion und der Einfuhr von Erdöl, Gas, Kohle und Uran ersetzt werden.

Der Luzerner GLP-Nationalrat Roland Fischer sprach von einem «wirksamen und liberalen Instrument» zur Verminderung des Energieverbrauchs und zur verstärkten Produktion erneuerbarer Energie. Die Initiative setze

auf Preisreize statt staatliche Subventionen. Dass die Strom- und Benzinpreise bereits bei der Einführung des neuen Systems stark steigen würden, streiten die Initianten ab. Sie gehen davon aus, dass die Kilowattstunde Strom zu Beginn zwischen 10 und 15 Rappen teurer wäre als heute. Der Benzinpreis würde damit um rund 1.30 Franken steigen. Die Angaben von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, wonach der Benzinpreis um 3 Franken steigen würde, seien falsch, sagte GLP-Präsident Martin Bäumle. Das wäre vielleicht in 20 bis 30 Jahre der Fall. Die Grünliberalen rechnen nicht mit grossen Chancen, hoffen aber auf einen Achtungserfolg an der Urne. Ein solcher wäre nach Bäumle ein Ja-Stimmen-Anteil von 30 Prozent. *sda*

Mehr Nachtzüge

BAHN Ein Verein macht sich für Nachtzüge stark. Und wirft den SBB vor, nicht genug gegen die Einstellung wichtiger Linien getan zu haben.

Der Verein Umverkehr hat gestern mit einer Aktion im Hauptbahnhof Zürich die Kampagne «Rettet den Nachtzug» lanciert. Eine Petition verlangt, bestehende Linien zu erhalten und gestrichene wieder in Betrieb zu nehmen. Acht in Pyjamas gekleidete Aktivisten der verkehrspolitischen Umweltorganisation machten auf einem Perron auf ihr Anliegen aufmerksam.

Die SBB haben jedoch ihre kleine Nachtzugflotte bereits vor Jahren verkauft. Umverkehr wirft den SBB vor, in den letzten Jahren wichtige Verbindungen eingestellt oder nichts gegen die Einstellung gemacht zu haben. Seit 2003 seien die Linien Bern–Brüssel, Zürich–Rom, Zürich–Barcelona, Basel–Moskau und Basel–Kopenhagen aufgehoben worden. *sda*

Post bleibt ein Laden

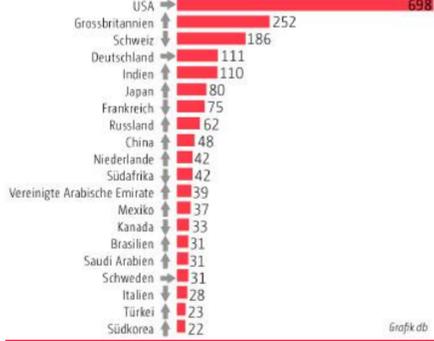
POST In Filialen sollen weiterhin Waren wie Bücher und Seifen verkauft werden. Die Nationalratskommission will keine Einschränkungen.

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates (KVF) möchte die Post nicht einschränken: Das Unternehmen soll weiterhin allerlei Waren anbieten dürfen, die mit der Post nichts zu tun haben.

Die KVF hat sich gegen eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Rudolf Joder (SVP, BE) ausgesprochen. Der Entscheid fiel allerdings knapp mit 13 zu 12 Stimmen. Joder möchte die Post dazu zwingen, sich auf ihren Unternehmenszweck zu konzentrieren und nicht immer mehr «Krimskrams» zu verkaufen, wie er in seiner Initiative schreibt. Es könne nicht Aufgabe der Post sein, private Dienstleister und den Detailhandel zu konkurrenzieren, argumentiert Joder. Auch fühlten sich Kunden durch die Angebote belästigt. *sda*

HERKUNFT DER TEILNEHMER AM WEF

Die grössten Delegationen am WEF



Graphik dfr



Die von WEF-Gründer Klaus Schwab und seiner Frau Hilde lancierte Schwab-Stiftung vergibt jedes Jahr am Vorabend des WEF-Beginns die Crystal Awards. Diese Auszeichnung geht an Künstler, welche sich im humanitären Bereich verdient gemacht haben. Eine Auszeichnung ging an den italienischen Tenor Andrea Bocelli.



Der blinde Sänger hat vor vier Jahren eine Stiftung gegründet, die Projekte für die Ärmsten in Italien und in Haiti unterstützt. Eine weitere Preisträgerin ist die Sängerin Angélique Kidjo aus Benin – die Königin der afrikanischen Musik, wie Hilde Schwab sagte. Die 54-jährige Preisträgerin schaffte es nicht rechtzeitig nach Davos, da ihr Flugzeug aus technischen Gründen umkehren musste. Sie ist Co-Gründerin der Batonga-Stiftung, welche Mädchen in Afrika auf verschiedenen Arten unterstützt. Den dritten Kristall konnte der japanische Architekt Shigeru Ban in Empfang nehmen. *sny*

BZ Namen

ber aus der Schweiz übertholt (siehe Tabelle).

Das Wachstum der WEF-Delegationen von ausserhalb Europas und der USA wurde von den Organisatoren angestrebt. In den letzten Jahren hat das WEF Able-

ber aus der Schweiz übertholt (siehe Tabelle).

ber aus der Schweiz übertholt (siehe Tabelle).

HEUTE AM WEF

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga eröffnet das Wirtschaftsforum (17.30 Uhr). Zudem wird der ukrainische Präsident Petro Poroschenko (15.30 Uhr) in Davos erwartet, wo er über die Zukunft der Ukraine sprechen wird. Weiter steht der Besuch der Premierminister Li Keqiang (China, 17.45 Uhr) und Ahmet Davutoglu (Türkei, 16 Uhr) auf dem Programm. Das Schweizer Fernsehen berichtet zwischen 11 und 12.45 Uhr auf SRF 1 und zwischen 15.30 und 19.30 Uhr auf SRF Info vom WEF. In letzter Minute regt sich nun doch noch Widerstand gegen das WEF. Eine Platzkundgebung am Samstag wurde bewilligt. *tab/sny*

Davos fest in amerikanischen Hand

TEILNEHMER Die Amerikaner und die Engländer sind am Weltwirtschaftsforum in Davos klar in der Überzahl. Daneben haben vor allem Teilnehmer aus der arabischen Welt in den letzten Jahren aufgeholt.

WEF Davos 2015

Heute beginnt das 45. Weltwirtschaftsforum (WEF). Anstatt Bündner Dialekt dominiert in den Strassen, Bars und Restaurant von Davos Englisch.

Fast ein Drittel der 2500 WEF-Teilnehmer reist aus den USA ans Wirtschaftstreffen. Die «Handelszeitung» hat deswegen eine Story mit der Überschrift «Eine amerikanische Stadt namens Davos» publiziert. Am WEF nehmen neben Regierungs- und Firmenchef auch Vertreter der Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen teil. Ebenfalls aus dem englischsprachigen Raum – nämlich aus Grossbritannien – kommt die zweitgrösste Delegation. Seit 1997 hat sich die Teilnehmerzahl der Briten fast verdoppelt, während die Anzahl Besucher aus anderen westlichen Ländern seit Jahren konstant bleibt. In der Ländertabelle haben die Inselbewohner mittlerweile die Gastge-